

Irland

Anthony Costello*

Seit dem Auslösen von Art. 50 EUV im März 2017 setzt sich Irland mit den EU-Regierungschefs und den Präsidenten der Institutionen für die Vermeidung eines harten Brexit ein. Dabei gestaltet sich die Frage der inneririschen Grenze als besonders schwierig. Ohne Austrittsabkommen steht Irland ökonomischen und politischen Schwierigkeiten gegenüber, wofür aktuell strategische Vorbereitungen getroffen werden.

In Anbetracht der Unwägbarkeiten durch den britischen Austritt und europaweite politische Herausforderungen erproben die Regierungsspitzen neue Wege zur Reform und Stabilisierung der EU. Die von der irischen Regierung ins Leben gerufene Initiative ‚Future of Europe‘ ist zentral bei diesem Bestreben. Obwohl 92 Prozent der Iren die EU-Mitgliedschaft unterstützen, beeinflussen die ökonomischen Konsequenzen des britischen Austritts die Einstellung Irlands gegenüber Vorschlägen zur Zukunft der EU.¹

Brexit

Im Mai 2017 hat die Regierung die Prioritäten in Bezug auf den britischen EU-Austritt vorgestellt.² Die Verhandlungen waren für die irischen Unterhändler bislang nicht zufriedenstellend. Für Dezember 2017 wurden Fortschritte erwartet, jedoch blieben viele Punkte offen, nachdem die Democratic Unionist Party aus Nordirland den ersten Vorschlag einer Vereinbarung abgelehnt hat.³ Grundsätzlich konnte eine Einigung hinsichtlich britischer Zahlungsverpflichtungen nach dem Austritt, der Rechte von Arbeitnehmern und des Fortbestehens des einheitlichen Reisegebiets (Common Travel Area, CTA) erzielt werden. Falls eine Alternativlösung ausbleibt, hat Großbritannien in der Grenzfrage eine vollständige Rechtsangleichung vorgeschlagen, um eine harte Grenze auf der irischen Insel zu vermeiden. Die technische Umsetzung bleibt unklar, denn eine Angleichung widerspricht dem von Großbritannien aktuell unterstützten harten Brexit.

Im Februar 2018 hat die Europäische Kommission einen sogenannten „backstop“ vorgeschlagen, der Nordirland einen dauerhaften Verbleib im Europäischen Binnenmarkt erlauben würde.⁴ Auch wenn Großbritannien einen „backstop“ im Falle einer ausbleibenden Einigung in Erwägung zieht, wurde dies rechtlich noch nicht festgehalten. In einer offiziellen Stellungnahme („technical note“) vom Juni 2018 umreißt die britische Regierung jedoch die rechtliche Lösung des „backstop“ und des möglichen Verbleibs Großbri-

* Übersetzt aus dem Englischen von Jana Schubert und Gustav Spät.

1 Europeanmovement Ireland: EM IRELAND/RED C POLL 2018: Ireland and the EU 2018, 8.5.2018, abrufbar unter: http://www.europeanmovement.ie/wp-content/uploads/2018/05/EM-RED-C-Infographic-2018-PAGES_correct-web.pdf (letzter Zugriff: 8.10.2018).

2 Merriestreet.ie: Brexit: Irelands Priorities, 15.3.2017.

3 The Guardian: May's weakness exposed as Dup derails Brexit progress, in: The Guardian, 5.12.2017.

4 Europäische Kommission: European Commission Draft Withdrawal Agreement on the withdrawal of the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland from the European Union and the European Atomic Energy Community, 28.2.2018, TF50 (2018) 33.

tanniens im Europäischen Binnenmarkt bis 2021.⁵ Dies böte einen Zeitgewinn für die Lösung des Problems der inneririschen Grenze.

Seit September 2017 wurden in landesweiten, allgemeinen Bürgerdialogen (All-Island-Dialogues) über 1500 Meinungen zum britischen Austritt aus Bevölkerung und Industrie eingeholt.⁶ Wichtig für die Regierung war, Unterstützung für Betriebe und Kommunen zur besseren Vorbereitung auf mögliche Brexit-Auswirkungen anzubieten.⁷ Gleichzeitig sollten gemäß der Priorität der Regierung die lokale Wirtschaft und junge Bevölkerung, die speziell zu ihrer Meinung über den Brexit befragt wurde, gestärkt werden. Michel Barnier, EU-Chefunterhändler in den Brexitverhandlungen, nahm ebenfalls teil, um sich mit irischen Unterhändlern an der Grenze zu Nordirland zu treffen.⁸

Zudem wurden mit sektorspezifischen Bürgerdialogen Industrievertreter adressiert. Unter den geladenen Branchen waren der Landwirtschafts- und Lebensmittelindustriesektor, Transport-, Energie-, Tourismus- und Bildungsbereich. Die Gespräche stellten eine wichtige Informationsquelle für die Regierung zur Ausgestaltung der Brexitstrategie dar.⁹ Seit 2016 bereitet sich die Regierung auf notwendige Investitionen und Anstrengungen in den Bereichen Wachstum, Handel, Investitionen und ländliche Entwicklung für den Austritt Großbritanniens vor.¹⁰ Irland hat seine Budgetpläne erweitert und langfristige Investitionspläne aufgestellt, um die wirtschaftliche Entwicklung zu stärken.

Aufbauend auf den unternehmerfreundlichen Zielen der Regierung wurde das letzte Jahr zur Entwicklung ökonomischer und finanzieller Strategien zur Vorbereitung von Firmen und der Gesamtbevölkerung auf Auswirkungen des Brexit genutzt. Zu den im November 2017 vorgestellten Maßnahmen gehören Unterstützung in den Bereichen Wettbewerb und Innovation (durch Investitionen und finanzielle Förderungen), um irische Handelsplätze zu erhalten und zu diversifizieren und somit Irlands Verhandlungsposition in den Austrittsgesprächen zu stärken.¹¹ Im Februar 2018 hat die Regierung zur Vorbereitung die voraussichtlichen Auswirkungen eines Brexit auf die irische Handelsbilanz quantifiziert und mögliche Post-Brexit-Szenarien wie den Verbleib Großbritanniens im Europäischen Wirtschaftsraum oder im Binnenmarkt simuliert.¹²

Die Zukunft Europas

Trotz des britischen EU-Austritts glauben die irischen Unterhändler an eine positive wirtschaftliche Entwicklung Irlands. Essentiell hierfür wird eine Schlüsselrolle Irlands in einem starken und geeinten Europa sein.¹³ Post-Brexit wird Irland das einzige englischsprachige Mitglied, zudem mit einer Landgrenze zu Großbritannien, sein. Die wettbe-

5 HM Government: Technical Note on Temporary Customs Arrangement, 7.6.2018.

6 Merrionstreet.ie: All-island Civic Dialogues on Brexit: Sectoral Dialogues, 2018, abrufbar unter: https://merrionstreet.ie/en/EU-UK/Consultations/Civic_Dialogue_Summary_Report_FINAL.pdf (letzter Zugriff: 8.10.2018).

7 Pádraig Hoare: Two-thirds of businesses 'not yet prepared for Brexit', in: The Irish Examiner, 7.9.2017.

8 RTEplayer.ie: Looking to the Post-Brexit Future – A Youth Perspective. All Island Civic Dialogue, 30.4.2018, abrufbar unter: <https://www.rte.ie/player/ie/show/all-island-civic-dialogue-30005239/10872758/> (letzter Zugriff: 8.10.2018).

9 Department of Health: All-Island Civic Dialogue on 'Brexit – Implications for Cross-border Health Co-operation', 8.9.2017.

10 Department of Finance: Getting Ireland Brexit Ready, Oktober 2016.

11 Department of Business, Enterprise and Innovation: Building Stronger Business: Responding to Brexit by competing, innovating and trading, 9.11.2017.

12 Copenhagen Economics: Ireland and the Impacts of Brexit: Strategic Implications for Ireland arising from changing EU-UK Trading Relations, Februar 2018.

werbsfähigen Körperschaftssteuern, gut ausgebildete Arbeitskräfte und ein gut ausgebautes Sozialsystem könnten ausländische Investoren und Handelspartner anlocken.

Irland wird auch künftig zu seiner EU-Mitgliedschaft stehen und aktiv an Stärkung und Gestaltung der EU mitwirken. Im November 2017 hat der irische Regierungschef landesweite ‚Future of Europe‘-Dialoge initiiert.¹⁴ Hieraus ging eine umfassende Sammlung von Vorschlägen hervor, die die offizielle irische Position zur Zukunft der EU beeinflussen wird. Mit 100.000 Euro fördert die Regierung eine Kommunikationsinitiative über Europa („Communicating Europe“), um die Bevölkerung über den alltäglichen Einfluss der EU zu informieren und die Debatten über Irlands Stellung in der Gemeinschaft zu stärken. Die gesammelten Vorschläge in den Bereichen Handels-, Klima- und Energiepolitik, Digital- und Industriepolitik, Sicherheit, Justiz, Erweiterung, Migrationspolitik, Jugend- und Bildungspolitik, Afrika und Demokratisierung sind von großem Interesse für Irland, da eine vertiefte europäische Integration in diesen Bereichen für Irland notwendig erscheint, um Europa zu stärken.¹⁵

Trotz großer Übereinstimmungen steht Irland einigen ‚realen‘ Vorschlägen, wie der Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit (SSZ), harmonisierten Körperschaftssteuern und der Reform der Eurozone, skeptisch gegenüber. Im Dezember 2017 ist Irland der SSZ beigetreten. Kritiker haben der Regierung den Verlust militärischer Neutralität und die Hinwendung zu einer europäischen Armee vorgeworfen.¹⁶ Irland besteht jedoch auf die Aufrechterhaltung von Neutralität und Einsatzfähigkeit seiner nationalen Armee und hat entsprechende Garantien erhalten: Irlands Engagement in der SSZ ist flexibel, freiwillig und auf zwei von 17 Projekten beschränkt.

Europaweit harmonisierte Körperschaftssteuern stoßen ebenfalls auf irische Kritik. Zwar hat die Regierung im September 2017 einen Weg zur Implementierung internationaler Reformen aufgezeigt, die im Zuge der Urteile im Fall Apple als wichtig erachtet wurden.¹⁷ Jedoch wird die Wichtigkeit der derzeitigen Körperschaftsteuergesetze für die nachhaltige Sicherung der irischen Wirtschaftskraft unterstrichen. Für die vergleichsweise niedrigen Körperschaftssteuern von 12,5 Prozent gibt es einige Kritik, so von Nobelpreisträger Joseph Stiglitz, der mögliche Gewinneinbußen für andere europäische Volkswirtschaften anführt.¹⁸ Irische Vertreter entgegnen, eine Harmonisierung könnte zu Unsicherheiten bei Investoren oder ausländischen Direktinvestitionen führen und dadurch die Beschäftigungslage, die wirtschaftliche Stabilität und die zukünftige Entwicklung Irlands gefährden. Die Körperschaftssteuern könnten zur Abmilderung der Brexit-Auswirkungen beitragen. Hinsichtlich der Eurozonenreform bevorzugt Irland Flexibilität, um sein Steuersystem den europäischen Bestimmungen anzugleichen, ohne dabei die nationale Kompetenz in Steuer-

13 Financial Times: Ireland could yet benefit from Britain’s Euro-divorce, in: The Financial Times, 22.1.2017.

14 Department of Taoiseach: Speech of An Taoiseach, Leo Varadkar T.D. Launch of Citizens’ Dialogue on the future of Europe, 15.11.2017.

15 Taoiseach Leo Varadkar: Europäisches Parlament Straßburg, 17.1.2018.

16 Kim Bielenberg: Explainer: Ireland joins PESCO... is it the start of an EU Army?, in: The Irish Independent, 17.12.2017.

17 Seamus Coffey: Review of Ireland’s Corporation Tax Code: Presented to the Minister for Finance and Public Expenditure and Reform by Mr Seamus Coffey, 30.6.2017, abrufbar unter: <https://www.finance.gov.ie/wp-content/uploads/2017/09/170912-Review-of-Irelands-Corporation-Tax-Code.pdf> (letzter Zugriff: 9.10.2018).

18 Journal.ie: ‘That’s a Joke’, ‘Stealing’: Ireland’s low Corporate Tax Rate criticised at Davos, in: The Journal.ie, 26.1.2018.

fragen abzugeben, und favorisiert die intergouvernementale und inkrementelle Konsolidierung des Euro. Als Nettozahler reagiert Irland generell verhalten auf fiskalpolitische Vorschläge,¹⁹ unterstützt aber die Bankenunion.

Der mehrjährige Finanzrahmen 2021-2027

Irland weiß um Anpassungen im nächsten mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) und ist zu höheren Zahlungen bereit. Sorge herrscht hinsichtlich Kürzungen in der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP), da irische Landwirte und der nationale Lebensmittelsektor stark von den EU-Mitteln abhängen. Im Durchschnitt werden Kürzungen von circa fünf Prozent für die GAP und den Kohäsionsfonds erwartet, um andere Bereiche stärker finanzieren zu können. Ab 2021 werden die irischen Beitragszahlungen jedoch voraussichtlich auf etwa drei Mrd. Euro jährlich steigen.²⁰ Die Bereitschaft zu höheren Beitragszahlungen ist an die Bedingung geknüpft, dass die Mittel zur Förderung der europäischen Gemeinschaftsidee, beispielsweise durch das Erasmus-Plus-Programm, der interregionalen Zusammenarbeit (insbesondere die Zusammenarbeit mit Nordirland) oder der GAP zu Gute kommen. Hierbei sollten die wirtschaftlich schwächsten Regionen der EU besonders gefördert werden.

Im Februar 2018 führte das Landwirtschaftsministerium Befragungen unter den Landwirten zu deren Position zur Zukunft der GAP nach 2020 durch. Die Sichtweisen werden in die irische Position in den MFR-Verhandlungen einfließen. Deutlich wurde, dass die irischen Landwirte eine Verringerung der GAP-Mittel skeptisch sehen. Verstärkt werden die Sorgen durch die potentiellen Auswirkungen des Brexits auf den Landwirtschaftssektor und das Wirtschaftswachstum der Insel. Die Europäische Kommission hat angedeutet, dass Kürzungen der an Farmen verteilten Gelder, ungefähr 3,9 Prozent, durch Umverteilung an kleine und mittlere Farmen ausgeglichen werden könnten. Vor dem Hintergrund der bereits unternommenen Haushaltsanpassungen, um Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit zu stabilisieren, wurde dies sehr positiv aufgenommen.

Zusammenfassung

Das Referendumsergebnis hat die sehr deutliche Zustimmung der Bevölkerung zur EU-Mitgliedschaft gestärkt. Irland bleibt dem europäischen Projekt stark verbunden. Angesichts möglicher wirtschaftlicher Auswirkungen des britischen Ausscheidens setzt Irland für Wirtschaftswachstum und Stabilität auf ein starkes und geeintes Europa und verpflichtet sich vollständig zur Gestaltung der Zukunft der EU.

Trotz der generellen Befürwortung vertiefter Integration hat der Ausgang des Referendums Irland verdeutlicht, dass einige progressive Vorschläge anderer Regierungschefs vorsichtig zu beurteilen sind. Der britische Austritt und die absehbaren Folgen bestätigen die irische Regierung darin, die nationale Position in Bezug auf Körperschaftssteuern und die Eurozone zu verteidigen. Verhandlungsbereit zeigt sich die Regierung weiterhin beim MFR.

Weiterführende Literatur

Tony Connelly: *Brexit and Ireland: The Dangers, the Opportunities and the inside Story of the Irish Response*, London 2017.

Benjamin Martill/Uta Staiger (Hrsg.): *Brexit and Beyond: Rethinking the futures of Europe*, London 2018.

19 Paul Gillespie: World View: Ireland too quick to dismiss Macron's European Reforms, in: *The Irish Times*, 9.6.2018.

20 Eoin Burke-Kennedy: Ireland's EU Budget Contribution may rise to over €3bn, *The Irish Times*, 6.5.2018.